



2013/43 Lifestyle

<https://shop.jungle.world/artikel/2013/43/toedliche-billigmode>

Textilproduktion in Bangladesh

Tödliche Billigmode

Von **Lutz Getzschmann**

Nach dem Einsturz des Rana-Plaza-Einkaufszentrums im April geraten die ausländischen Textilunternehmen, die in Bangladesh fertigen lassen, allmählich unter Druck.

Seit einigen Jahren boomt die Textilindustrie in Bangladesh, weil westliche Textilkonzerne und Discounter entdeckt haben, dass sich hier zu unschlagbar niedrigen Arbeitskosten und mit erheblich weniger Arbeiterwiderstand als etwa in China produzieren lässt. Die Textilproduktion wird nahezu ausschließlich über einheimische Firmen organisiert, die die Auftragsarbeiten für westliche Modelabels und Discounterketten erledigen. Sie ist inzwischen die wichtigste Industriebranche in dem 1971 von Pakistan abgespaltenen Land und macht 78 Prozent von dessen Export aus. Es sind in der Regel junge, meist weibliche und städtische oder vom Land in die Städte geflüchtete Arbeitskräfte, die in der Textilindustrie beschäftigt werden. Bangladesh hat inzwischen rund 5 000 Textilfabriken, die Waren im Wert von etwa 20 Milliarden US-Dollar ausführen. Das Land war 2011 der weltweit zweitgrößte Textilproduzent nach China und der viertgrößte Lieferant von Textilien für die BRD. Fabriken werden in Wohngebieten, Hochhäusern und Hinterhöfen errichtet, schnell, scheinbar planlos, weitgehend ohne Beachtung von Brandschutzrichtlinien und von der Regierung nur lax kontrolliert. Die Arbeitsbedingungen sind hart, die Löhne niedrig, die Gewerkschaftsbewegung ist teilweise militant, aber allein im Textilsektor in über 60 Organisationen zersplittert.

Schon seit einigen Jahren lassen Einzelhandelsriesen wie Walmart, C & A, H & M, Lidl und Kik in Bangladesh durch dort ansässige Firmen für sich produzieren, ohne dass die Arbeitsbedingungen von einer breiteren Öffentlichkeit in Nordamerika und Europa diskutiert würden.

Seit 2005 sind in Bangladesh bei Fabrikbränden und -einstürzen mindestens 3 000 Menschen gestorben. In Deutschland längst wieder vergessen ist der große Fabrikbrand bei Tazreen Fashions, der sich am 24. November 2012 ereignete. Das Feuer brach im Erdgeschoss der neunstöckigen Fabrik aus und verbreitete sich schnell auf die anderen Stockwerke.

Rettungswege waren versperrt, daher sprangen die Arbeiterinnen panisch aus den Fenstern der oberen Geschosse. 112 Arbeiterinnen starben, mehr als 200 wurden verletzt. Am 24. April 2013 stürzte das Rana-Plaza-Einkaufszentrum in Savar bei Dhaka ein, in dem sich mehrere Textilfabriken befanden. Der Fabrikeinsturz ist mit 1 127 Toten und über 2 000 Verletzten das bislang verheerendste Unglück in der Geschichte der Bekleidungsindustrie. Abnehmer der

betroffenen Fabriken waren große Marken und Handelsketten aus Europa und Nordamerika, darunter auch KiK, Mango und Benetton.

Die internationalen Reaktionen waren diesmal heftig genug, um einige der Textilunternehmen, die mit Firmen im Land zusammenarbeiten, dazu zu bewegen, das Abkommen für Gebäudesicherheit und Brandschutz zu unterschreiben, das sie jahrelang boykottiert hatten. Bei den europäischen Textilunternehmen breitete sich plötzlich Angst um das eigene Image und vor mittelfristigen Umsatzverlusten aus. Inzwischen haben mehr als 90 Firmen aus Europa, Nordamerika, Asien und Australien, darunter Marken wie Zara, Massimo Dutti und H&M und deutsche Firmen wie Tchibo, Otto und C&A, das Abkommen mit einer Laufzeit von fünf Jahren - unterzeichnet.

Doch nicht alle Textilunternehmen haben sich beteiligt. »Obwohl der Großteil der führenden Textilhandelsfirmen sich dem Sicherheitsabkommen verpflichtet hat, gibt es Verweigerer«, konstatierte Frauke Banse von der Clean Clothes Campaign. Darunter sind die US-amerikanischen Konzerne Gap und Walmart, aber auch die deutschen Unternehmen NKD und Ernstings. Das Abkommen umfasst unabhängige Sicherheitsinspektionen, die Verpflichtung, notwendige Reparaturen und Renovierungen vorzunehmen, die Möglichkeit, Geschäftsbeziehungen mit den Fabriken zu beenden, wenn diese notwendige Sicherheitsmaßnahmen ablehnen, sowie die Anerkennung und Beteiligung der betroffenen Arbeiter und ihrer Gewerkschaften. Ein Kernstück des Abkommens ist die Beteiligung der internationalen Auftraggeber an den entstehenden Kosten. Die unterzeichnenden Unternehmen verpflichten sich dazu, für Instandhaltungskosten in ihren Zulieferbetrieben aufzukommen und damit die Arbeitsplätze sicherer zu machen. Das Abkommen garantiert das Recht, gefährliche Arbeit zu verweigern.

Anfang Oktober nun veröffentlichte der internationale Gewerkschaftsverband IndustriAll eine Liste mit den in Bangladesh tätigen Zulieferbetrieben der großen internationalen Einzelhandels- und Textilunternehmen, die das Sicherheitsabkommen unterzeichnet haben. Die Liste, die seit dem 6. Oktober im Internet einsehbar ist, enthält bisher mehr als 1 500 Textilfabriken in Bangladesh mit mehr als zwei Millionen Beschäftigten. Die öffentlich verfügbaren Angaben sind allerdings immer noch weit davon entfernt, Transparenz zu schaffen. So wird zwar zu jedem internationalen Auftraggeber die Zahl der lokalen Textilfabriken genannt, nicht jedoch deren Namen. Diese Information bleibt vorerst intern.

Aber selbst die veröffentlichten Informationen bieten ein aufschlussreiches Bild. So lässt C & A in Bangladesh 190 Fabriken für ihren Bedarf T-Shirts, Sweatshirts, Jeans und Hemden herstellen, im Fall der Otto-Group sind es 36, der Metro-Konzern unterhält für Aufträge und Einkauf in asiatischen Ländern eigens eine Einkaufsorganisation in Hongkong, die mit 1 200 lokalen Fabriken in verschiedenen asiatischen Ländern zusammenarbeitet, davon 37 in Bangladesh. Auf der Grundlage dieser Liste werden zügig zunächst bis April 2014 Fabrikinspektionen in allen aufgelisteten Produktionsstätten stattfinden, mit denen die Einhaltung der vereinbarten Sicherheitsstandards überprüft werden soll. Um diese Inspektionen und ihre Auswertung zu finanzieren, soll jede Firma, die das Abkommen unterzeichnet hat, pro Jahr einen Beitrag von bis zu 500 000 US-Dollar beisteuern, abgestuft nach dem Umfang ihrer Aktivitäten in Bangladesh, zusätzlich zu den Reparatur- und Renovierungskosten in den Fabriken selbst, die von den Unterzeichnerfirmen ebenfalls zu tragen sind. Abzuwarten bleibt, ob die Konzerne immer noch bereit sein werden, ihre Verpflichtungen zu erfüllen, wenn in ein oder zwei Jahren das Interesse der westlichen Medien an den Produktionsbedingungen in Bangladesh nachlässt.

Ein Indiz für den Zynismus in den Chefetagen ist der Umgang der Einzelhandelsriesen mit den

Entschädigungsforderungen der Opfer des Rana-Plaza-Desasters. Bis heute warten Hinterbliebene und Opfer auf eine angemessene Entschädigung. An einem zu diesem Thema auf Initiative gewerkschaftlicher Dachverbände von der International Labour Organisation (ILO) einberufenen Treffen Mitte September in Genf nahmen nur neun von insgesamt 29 eingeladenen Markenfirmen teil. Firmen wie Adler, C & A, Benetton, Inditex und NKD blieben der Konferenz fern. Ein Walmart-Sprecher erklärte dazu ungerührt, die Firma konzentriere sich darauf, in die Sicherheit von Firmen in Bangladesh zu investieren. Kein Wort verlor er zu den Entschädigungsforderungen.

Ohnehin ist das Medieninteresse im Westen recht selektiv. Ähnlich desaströse und mit zahlreichen Todesopfern verbundene Brände in Textilfabriken in Pakistan schafften es nicht in die deutsche Zeitungsspalten, geschweige denn in Fernsehnachrichten. Und während – nicht zuletzt dank der Lobbyarbeit von Organisationen wie der Clean Clothes Campaign – die Arbeitssicherheit in bengalischen Textilfabriken in den vergangenen Jahren tatsächlich stärker skandalisiert werden konnte, wird hierzulande nach wie vor wenig über die Arbeitszeiten und die Hungerlöhne geredet, für die dort gearbeitet wird. So enthüllte erst kürzlich eine Dokumentation der BBC über die Arbeitsbedingungen in einer Fabrik, die Kleidung für Lidl produziert, dass die Arbeiterinnen und Arbeiter dort bis zu 19 Stunden am Tag eingesperrt werden. Erst im September gab es Massenstreiks und Großdemonstrationen der Textilarbeitergewerkschaften mit mehr als 200 000 Menschen für die Anhebung des gesetzlichen Mindestlohns von derzeit umgerechnet 30 auf 77 Euro, mindestens jede zehnte Textilfabrik war gut eine Woche lang lahmgelegt.